

Antrag

der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand betreffend der Einführung der
PKW-Maut in Deutschland

Am 1. Dezember 2016 verkündeten EU-Kommissarin Violetta Bulc und der deutsche Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt eine Einigung im Streit um die deutsche PKW-Maut. Die bisher bekannten Eckpunkte sind aber keinesfalls geeignet, die Bedenken Österreichs auszuräumen. So sieht der Gesetzesentwurf vor, dass deutsche Autofahrerinnen und Autofahrer künftig über die Kfz-Steuer entlastet werden. Diese Möglichkeit wird ausländischen Autofahrerinnen und Autofahrern nicht eingeräumt, da sie für die Benützung der deutschen Straßen Vignetten erwerben müssen, dafür aber nicht entlastet werden.

Gerade Salzburg ist als unmittelbarer Nachbar besonders von der geplanten Einführung der deutschen PKW-Maut betroffen. Es gilt nunmehr, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Diskriminierung ausländischer Autofahrerinnen und Autofahrer im Zuge der geplanten Einführung der PKW-Maut in Deutschland zu verhindern.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Die Salzburger Landesregierung wird aufgefordert,

1. darauf hinzuwirken, dass es - sollte es zu der geplanten Einführung der deutschen PKW-Maut kommen - zu keiner unverhältnismäßigen Benachteiligung österreichischer Autofahrerinnen und Autofahrer kommt und die dahingehenden Anstrengungen der österreichischen Bundesregierung unterstützt werden.
2. Dieser Antrag wird dem Ausschuss für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zur weiteren Beratung, Berichterstattung und Antragstellung zugewiesen.

Salzburg, am 22. März 2017

Steidl eh.

Brand eh.